



Ausschuß für Schule und Weiterbildung

41. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)^{*)}

25. November 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 10.45 Uhr

12.05 Uhr bis 13.00 Uhr

Vorsitz: Heinrich Meyers (CDU)

Stenographin: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

1

Bitte der CDU-Fraktion um Stellungnahme der Ministerin für Schule und Weiterbildung zu der Äußerung von Regierungspräsident Antwerpes und über eine beabsichtigte Änderung des Schulverwaltungsgesetzes

Staatssekretär Dr. Meyer-Hesemann (Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung) nimmt zu den Fragen der CDU-Fraktion Stellung.

^{*)} Top 2 siehe öffentlicher Teil APr 12/1055

3 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)**

2

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/3300 und 12/3400
Vorlagen 12/2258, 12/2259 und 12/2286

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung
hier: Bereich Schule und Weiterbildung

in Verbindung damit

Artikel I § 26 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3302

Anträge und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuß berät die von den Fraktionen vorgelegten Änderungsanträge, die von den Sprechern zunächst erläutert werden. Die Änderungsanträge sind in Vorlage 12/2462 aufgeführt.

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung stimmt dem Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung - in der Fassung der beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion zu.

Sodann stimmt der Ausschuß dem Artikel I § 26 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999 - Drucksache 12/3302 - mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion unverändert zu.

Nach Ansicht des **Bernhard Recker (CDU)** wäre das Neue an der geplanten Änderung ein Zwang zur Gründung von Zweckverbänden. Gegen einen freiwilligen Zweckverband sei ja gar nichts einzuwenden.

Wenn man sich nicht einigen könne, solle nach Aussage von Regierungspräsident Antwerpes zu Zwangsmaßnahmen gegriffen werden. So werde das interpretiert.

Daß der Regierungspräsident Antwerpes so etwas für möglich und sinnvoll halte, sei eine Sache, betont **StS Meyer-Hesemann (MSWWF)**. Was die Landesregierung in dem Gesetzentwurf aber vorsehe, sei eine andere Sache.

Was endgültig in dem Gesetzentwurf stehe, stehe noch gar nicht fest.

Bernhard Recker (CDU) wiederholt, die Frage sei, ob derartige Maßnahmen, wie sie der Regierungspräsident in Aussicht stelle, von der Regierung diskutiert würden.

Ein Indiz für die Haltung des Ministeriums zu der Position von Herrn Antwerpes könne man aus der Tatsache ableiten, daß die bereits im Vorfeld der Erstellung des Referentenentwurfs bekannte Position von Herrn Antwerpes nicht aufgegriffen worden sei, teilt **StS Meyer-Hesemann (MSWWF)** mit.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/3300 und 12/3400
Vorlagen 12/2258, 12/2259 und 12/2286

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

hier: Bereich Schule und Weiterbildung

in Verbindung damit

Artikel I § 26 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3302

Der **Ausschuß** berät die von den Fraktionen vorgelegten Änderungsanträge, die von den Sprechern zunächst erläutert werden. Zu den Einzelberatungen wird auf **Vorlage 12/2462** verwiesen.

Im folgenden sind nur noch Diskussionsbeiträge protokolliert, die wesentlich über die Darstellung in der genannten Vorlage hinausgehen.

Auf die Frage des **Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU)**, warum die Koalitionsfraktionen mit ihrem Änderungsantrag Nr. 1 den Ansatz in **Kapitel 05 020 - Allgemeine Bewilligungen im Bereich Schule und Weiterbildung - Titelgruppe 90 - Aus- (und Fort-)bildung der Bediensteten - Titelgruppe 547 90 - Sächliche Verwaltungsausgaben** - um eine Million DM erhöhen wollten, erwidert **Manfred Degen (SPD)**, die Lehrerfortbildung müsse verstärkt werden. Gerade in Reformzeiten habe die Lehrerfortbildung eine wichtige Funktion.

Brigitte Schumann (GRÜNE) meint, selbstverständlich könne man auch hier noch mehr Mittel gebrauchen. Hier habe man mit anderen Haushaltsansätzen abwägen müssen. In der Evaluation der Lehrerfortbildung in Nordrhein-Westfalen werde festgestellt, daß das nordrhein-westfälische Lehrerfortbildungssystem im Vergleich zu anderen Fortbildungssystemen gut abschneide. Es werde auch gesagt, daß finanzielle Anhebungen sinnvoll und notwendig seien. In der Evaluation werde deutlich gesagt, daß der Schwerpunkt auf schul- und kollegiumsinterne Fortbildungsmaßnahmen für Schulprogrammarbeit und Organisationsentwicklung von Schulen gelegt werden müsse. Sie nenne das Stichwort Qualitätsmanagement.

Zu Antrag Nr. 8 der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezüglich **Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam Titelgruppe 63 (neu) - Übergangsberatung und -förderung von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf** - legt **Manfred Degen (SPD)** dar, seine Fraktion habe beschlossen, zusätzliche Mittel für die Förderung von Jugendlichen, die sich an der Schwelle von der Schule zum Berufsleben befänden, einzusetzen. Bei dem Mangel an Ausbildungsplätzen hätten es viele schwer, den Übergang gestaltet zu bekommen. Mit der Summe von 1 Million DM sollten vorhandene Projekte unterstützt und bewährte Projekte ausgeweitet werden.

Theo Kruse (Olpe) (CDU) teilt mit, seine Fraktion unterstütze das Anliegen. Er frage, inwieweit der Ansatz mit den Mitteln koordiniert sei, die aus dem Topf der Bundesanstalt für Arbeit bzw. der Landesanstalt für Arbeit kämen.

Er frage die Landesregierung, welche Fördermaßstäbe und Beratungsmaßnahmen darin enthalten sein, und wer Träger solcher Übergangsberatungs- und Fördermaßnahmen sei.

Die Gelder seien nicht für die Unterstützung der Schüler wie beispielsweise bei der Bundesanstalt für Arbeit vorgesehen, sondern für die Unterstützung von Maßnahmen, von Projekten, die die Schulen durchführten, antwortet **Manfred Degen (SPD)**. Vorhandene Maßnahmen

sollten unterstützt und evtl. auf Nachbarschulen ausgeweitet werden. Bis zum 01. Februar sollten die Maßnahmen konkret feststehen.

Auf Nachfragen des **Theo Kruse (Olpe) (CDU)** verweist **Manfred Degen (SPD)** auf Projekte von Schulen mit Firmen zur Verbesserung des Umfeldes. Die Schüler machten in den Firmen erweiterte Praktiken. Die Schulen stützen die Schüler in den ersten Jahren ihres Berufslebens. Die Maßnahmen seien aus der Initiative der Schulen und der Lehrer hervorgegangen. Die Schule könne jeweils einen bestimmten Betrag, 4000 DM, dafür erhalten.

Marie-Theres Ley (Köln) (CDU) stellt fest, aus ihrem Wahlkreis seien ihr Schulen bekannt, an denen solche Maßnahmen seit Jahren liefen, die aber keine Gelder dafür bekommen hätten. Weder die Betriebe noch die Schulen bekämen irgendwelche Zuschüsse.

Sigrid Klösges (SPD) verweist auf Maßnahmen von Hauptschulen und Realschulen in den Gemeinden, bei denen die Klassen ein halbes Jahr vor Schulabschluß zu mehrtägigen auswärtigen Aufenthalten führen, und zwar zusammen mit Ausbildern von Betrieben, mit Vertretern des Arbeitsamtes. Dort werde Bewerbungstraining gemacht, auf den Beruf vorbereitet.

Teilweise hätten die Schulen Schwierigkeiten, das zu finanzieren. Nun könne ihnen geholfen werden.

Theo Kruse (Olpe) (CDU) meint, die Äußerungen von Frau Klösges stünden im Widerspruch zu den Äußerungen des Kollegen Degen. Von daher könne seine Fraktion den Antrag nicht unterstützen. Niemand könne im Detail erklären, worum es konkret gehe.

Bei der Übergangsforderung verweise er auf unterschiedliche Ansätze aus verschiedenen Töpfen. Er habe gefragt, inwieweit das Vorhaben koordiniert und mit den Maßnahmen der Landesanstalt bzw. der Bundesanstalt für Arbeit abgestimmt sei. Er habe den Eindruck, daß aus populistischen Gründen ein Ansatz geschaffen werden solle.

Bernhard Recker (CDU) führt an, den Ansatz, lernschwächere Schüler zu unterstützen, unterstütze seine Fraktion. Nun wolle man aber konkret wissen, wie effektiv die Maßnahmen seien, ob sie mit anderen Maßnahmen vernetzt seien.

Seine Fraktion werde sich der Stimme enthalten, womit sie deutlich mache, daß sie nichts verhindern wolle, aber wissen wolle, wie das Konzept aussehe.

Zu laufendem Antrag Nr. 9 bezüglich **Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam - Titelgruppe 64 (neu) - Ausstattung der Grundschulen mit PC/Multimedia-Einrichtungen** - äußert sich **Christiane Bainski (GRÜNE)** wie folgt: Der Antrag gehe auf Erfahrungen aus dem Bund-

Länder-Kommissions-Modellversuch "Differenzierte Medienerziehung an den Grundschulen in NRW und Sachsen" zurück. Der Nachweis sei erbracht worden, daß eine umfassende Medienbildung bereits in der Grundschule sinnvoll sei und vermittelt werden könne, daß kritische Mediennutzung und kreative Mediengestaltung, Leseförderung oder auch Entdecken des Lernens in multimedialen Lernumgebungen ihren Platz im Unterricht haben sollten.

Auf dem Weg in die moderne Informationsgesellschaft sollte den Grundschulen mit weiteren Mitteln die Möglichkeit gegeben werden, PC anzuschaffen und in den Unterrichtsalltag zu integrieren. Das sei auch ein Weg zur Chancengleichheit für die Schülerinnen und Schüler, die in ihren Elternhäusern nicht die Möglichkeit hätten, frühzeitig in den Kontakt mit PC zu kommen. Etwa die Hälfte aller Schüler und Schülerinnen hätten die Chance, über das Elternhaus schon recht frühzeitig die Arbeit mit Computern zu erlernen. Der Antrag diene dazu, den Anreiz zu verstärken, daß sich Grundschulen mit den Multimediaeinrichtungen ausstatteten, indem ein Fördervolumen vorgesehen werde. Damit könne keine flächendeckende Ausstattung sichergestellt werden, jedoch eine gewisse Unterstützung gegeben werden.

Bernhard Recker (CDU) verweist auf einen entsprechenden Antrag seiner Fraktion.

Fest stehe, daß die Enquete-Kommission festgestellt habe, daß die Schulen in der Bundesrepublik und auch in Nordrhein-Westfalen noch erhebliche Defizite und einen enormen Nachholbedarf hätten.

Seine Fraktion vertrete allerdings die Auffassung, daß zunächst ein Gesamtkonzept erarbeitet werden müsse. Es müsse überlegt werden, wie eine Grundausrüstung aussehen sollte. Dann könne man sehen, wie man in Verbindung mit Sponsoren weiterkomme. Man müsse sehen, wo das Land nachhelfen sollte. Seine Fraktion begrüße selbstverständlich einen Einstieg. Wenn man allerdings die 1,9 Millionen DM sehe, so sei das doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. In der Hoffnung, daß es in den nächsten Wochen zu einem gemeinsamen Beschluß komme, um für den gesamten Schulbereich mehr zu leisten, werde seine Fraktion dem Antrag zustimmen.

Zu dem laufenden Antrag Nr. 2 der CDU-Fraktion (Personalhaushalt) bezüglich **Kapitel 05 300 Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten** - verweist **Friedrich Schepsmeier (SPD)** auf das mittelfristige Konzept der Landesregierung, das der Situation bis zum Jahre 2000 Rechnung trage. Die finanzielle Lage des Landes habe sich nicht zum Positiven verändert. Die Grundstellenstreichung sei damals aufgrund von Veränderungen im Stellenplan notwendig geworden.

Wenn die CDU-Fraktion nun fordere, den Ansatz um 70 Millionen DM für das Jahr 1999 zu erhöhen, so müßten auch die Summen für das Jahr 2000 genannt werden. Eine Ausweitung um 2000 Stellen würde im nächsten Jahr 200 Millionen DM kosten. Auch fehlten die Deckungsvorschläge.

Für seine Fraktion habe die Bildung absolute Priorität, stellt **Bernhard Recker (CDU)** heraus. 70 Millionen DM sei die Summe, die bis Ende des Jahres 1999 anfalle. Das andere müsse entsprechend hochgerechnet werden.

Die Deckungsvorschläge würden im übrigen dem Haushalts- und Finanzausschuß vorgelegt: Aus anderen Bereichen müsse umgeschichtet werden.

Christiane Bainski (GRÜNE) erklärt, sie sei nicht bereit, über einen Antrag abzustimmen, bei dem sie nicht wisse, woher die Mittel kommen sollten.

Es gebe ein Konzept der Landesregierung, um mit der wachsenden Schülerzahl umzugehen. Das sei für sie glaubwürdig und nachvollziehbar.

Auch die SPD-Fraktion habe ihre Deckungsvorschläge nicht aufgeführt, entgegnet **Bernhard Recker (CDU)**.

Seine Fraktion sei bereit, die Summen zur Verfügung zu stellen. Der Deckungsvorschlag werde im entsprechenden Ausschuß vorgetragen.

Friedrich Schepsmeier (SPD) meint, wenn ein Antrag ernsthaft diskutiert werden solle, müsse auch gesagt werden, wie er erwirtschaftet werden solle.

Bei diesem Antrag gehe es nicht nur um das Jahr 1999, sondern auch um das Jahr 2000 und folgende.

gez. Meyers

Vorsitzender

09.02.1999/11.02.1999

225